

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig teilt mit, er wolle insbesondere zwei Punkte des Eckwertebeschlusses näher erläutern. In Ziffer 1 hieße es bisher, dass ab dem Jahre 2016 keine neuen Schulden mehr aufgebaut werden sollten. Leider sei dieses Ziel nun nicht mehr zu erreichen. Trotzdem werde angestrebt die Nettoneuverschuldung 2016 auf ein Mindestmaß zu begrenzen und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung kontinuierlich die „Null“ nicht zu unterschreiten. Noch vor zwei Jahren habe man optimistisch sein können, die gesetzten Ziele zu erreichen, was im Jahre 2013 auch einmal gelungen sei. Aus heutiger Sicht sei jedoch damit zu rechnen, dass neue Schulden in Höhe von ca. 30 Millionen Euro aufgenommen werden müssten. Der Vorsitzende stellt jedoch fest, dass selbstverständlich alles versucht worden sei, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Ohne die Einhaltung der harten Sparmaßnahmen wären die zu erwartenden Neuschulden noch deutlich höher. Hauptgrund für die starke Neuverschuldung stellten nicht steuerbare Faktoren, wie z.B. das Recht auf kostenfreie Kita-Plätze, die erforderliche Sanierung von Brücken, insbesondere der Pfaffendorfer Brücke, und sehr starke Kostensteigerungen im Sozialbereich dar. Es bestehe dringender Handlungsbedarf für die Bundes- und Landespolitik, um der weiteren Verschuldung von Großstädten entgegenzuwirken. Zu Ziffer 6 teile er mit, dass weiterhin versucht werde, 50% aller frei werdenden Stellen nicht neu zu besetzen, soweit dies mit einer für das Personal vertretbaren Belastung einhergeht.

BIZ-Fraktionsvorsitzende Keul-Göbel sagt, sie sehe Gründe für die Neuverschuldung nicht nur in den genannten Punkten, sondern bringe damit auch insbesondere den Bau des Forum Confluentes in Verbindung. Sie danke aber allen Mitarbeitenden für die Umsetzung der Einsparungen im Personalbereich. Allerdings habe sie jedoch auch den Eindruck, dass die Mitarbeiter der Stadt Koblenz teils stark belastet seien. Hinsichtlich der freiwilligen Leistungen sehe Sie die freien Träger gleichermaßen Belastet, wie die Städte und Gemeinden.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer sehe ebenfalls die Problematik, dass sämtliche Sparmaßnahmen nicht zu einem Ergebnis führten, so lange der Bund und das Land nichts tun, um die Stadt Koblenz finanziell zu entlasten. Sie bittet um Rückstellung des Punktes der freiwilligen Leistungen und diesbezüglich zunächst um eine nähere Prüfung und eingehende Beratung im zuständigen Fachbereichsausschuss.

Der Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Ackermann teilt mit, seine Fraktion wolle sich diesbezüglich enthalten und bitte um getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte.

Er sehe das Zielsystem nicht mehr funktionsfähig und seine Fraktion an der Grenze dazu, nichts mehr entscheiden zu können.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig sagt, man müsse in allen Bereichen gleichermaßen sparen und könne nicht einzelne Politikbereiche von den Konsolidierungsmaßnahmen ausnehmen. Dies sei sonst nicht konsequent.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann stimmt dem Vorsitzenden zu und sieht die Stadt in der Pflicht, allen Bevölkerungsgruppen gegenüber gerecht zu sein. Auch ihre Fraktion befürworte die Einzelabstimmung.

FDP-Fraktionsvorsitzender Mertin sagt, seine Fraktion wolle dem Beschlussvorschlag zustimmen, habe jedoch nichts dagegen, die Abstimmung über Ziffer 9 zu vertagen. Öffentliche Vorwürfe gegenüber der Stadt Koblenz, es würde nicht hart genug gespart, seien zurückzuweisen. Stadtrat und Verwaltung hätten in den letzten Jahren sehr sparsam gehaushaltet. Er sehe daher ebenfalls Bund und Land in der Verantwortung, weil die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung nicht möglich wäre.

Rm Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass bei unterschiedlichen politischen Ansichten Themen auch anders priorisiert werden. Ihm seien sozial- und umweltpolitische Themen daher wichtiger, als andere Politikbereiche. Er setze daher auch Prioritäten bei der Auswahl von Sparzielen.

Rm Schmenk (Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass auch in ihren Augen der soziale Bereich teilweise zu kurz käme. So habe z.B. der Frauennotruf um seinen Fortbestand zu kämpfen.

Rm Baum (FBG) dankt der Verwaltung für die Durchsetzung der Eckwerte. Er sehe es als erforderlich an, der Beschlussempfehlung zuzustimmen, halte es aber hinsichtlich Ziffer 7 für problematisch, jegliche Einnahmemöglichkeiten ausnutzen zu müssen, weil dadurch die Bürger über Gebühr belastet würden.

BIZ-Fraktionsvorsitzende Keul-Göbel sagt, dass aufgrund der erhöhten Sach- und Personalkosten auch eine Erhöhung unter Ziffer 9 stattfinden könne. Sie bitte zudem um Erläuterung, warum die Stadt Koblenz die Sanierung der Pfaffendorfer Brücke alleine finanzieren müsse.

Rm Andreas Biebricher (CDU), MdL fragt, auf welcher Basis die Einnahmen zur Flüchtlingshilfe berechnet worden seien, also ob die kürzlich zugesagten Zuschüsse von Bund und Land berücksichtigt worden seien. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zurzeit lediglich aktuell gültigen Bedingungen berücksichtigt werden könnten.